

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 42 (1995)
Heft: 1-2

Rubrik: BZS Info = OFPC Info = UFPC Info

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kulturgüterschutz-Rapporte in Uri

Nachahmenswertes Beispiel

br. Durch die Ausbildung erhält das Kulturgüter-schutz-Personal einen Überblick der in den Gemeinden zu lösenden Aufgaben. Fragen tauchen oft nach den Kursen auf, wenn die Schutzmassnahmen für die gemeindeeigenen Kulturgüter geplant werden müssen. Zweckmässige Lösungen können erzielt werden – Uri zeigt dies –, wenn der Kanton die Dientschefs Kulturgüterschutz der Gemeinden fachlich unterstützt und berät.

Rückblick

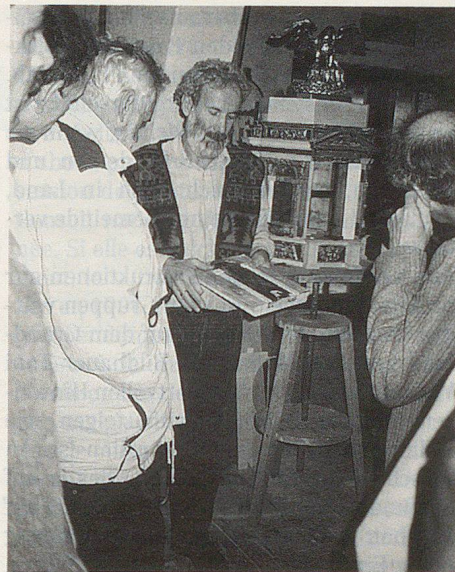
Der Bund begann 1986 mit der Ausbildung des Fachpersonals für den Kulturgüterschutz. Die ausgebildeten Personen kehrten motiviert in die Gemeinden zurück, fanden sich aber dort oft mit einer Vielzahl von Aufgaben konfrontiert, die sie rasch entmutigte, das Erlernte in die Praxis umzusetzen. Dieser Umstand wurde auf Stufe Kanton nicht stillschweigend hingenommen, sondern man suchte nach geeigneten Mitteln und Wegen, den Belangen des Kulturgüterschutzes auch auf Gemeindeebene Nachdruck zu verschaffen; soll doch bereits heute ein wirksamer Schutz des Kulturguts vorbereitet werden, der es erlaubt, im Katastrophen- und Kriegsfall bedeutendes Kulturgut zu schützen.

Im Jahre 1990 begann der Kanton Uri, unter der Leitung von Josef Herger, mit der Durchführung von kantonalen Rapporten für Kulturgüterschutzverantwortliche der Gemeinden. Die Form der jährlichen eintägigen Treffen wurde gewählt, weil dadurch kontinuierlich die Kulturgü-

terschutzaufgaben wahrgenommen werden konnten und sich die folgenden Ziele erreichen liessen:

- gegenseitige Information über Stand, Erfahrungen und Neuerungen im Kulturgüterschutz auf Stufe Bund, Kanton und Gemeinde
- praktische Erarbeitung von Teilbereichen der Einsatzplanung in Gruppen und Diskussion der Lösungen mit Fachleuten
- Informationsaustausch innerhalb der Rapportteilnehmer
- Vorstellen der in der Gemeinde erarbeiteten Unterlagen und Diskussion von Lösungsmöglichkeiten.

Zuerst musste einmal der Ist-Zustand in den Gemeinden erfasst werden, wobei man sich in erster Linie auf das kirchliche Gut konzentrierte, da in diesem Bereich bedeutendes bewegliches Kulturgut im Kanton vorhanden ist. Bereits beim Vorstellen der existierenden Dokumente zeigte sich ein differenziertes Bild. Bestanden in einzelnen Gemeinden umfassende Inventare (Foto und Text), waren andernorts nur Kurzbeschriebe oder keine Angaben vorhanden. Schrittweise wurden in den letzten Jahren die erkannten Lücken geschlossen. Dank den regelmässigen Treffen, der fachlichen und teilweise personellen Unterstützung durch den Kanton über all die Jahre, konnten die kirchlichen Güter inventarisiert werden. Durch regelmässige Kontakte zum kantonalen Amt für Zivilschutz und dessen Information über die zu leistenden Arbeiten, ernannten sämtliche Gemeinden das benötigte Fachpersonal. Dieses wurde in Kantons- und Bundeskursen ausgebildet und steht für



Toni Walker, Dienstchef Kulturgüterschutz von Flüelen, in seinem Atelier.

die vielfältigsten Arbeiten im Bereich des Kulturgüterschutzes zur Verfügung.

Rapport in Flüelen

Damit die Teilnehmer sich mit verschiedenartigen Problemen und Lösungen vertraut machen können, findet der Kurs jeweils in einer anderen umerischen Gemeinde statt. Am 4. November 1994 konnte Josef Herger 35 Personen (Dienstchefs Kulturgüterschutz und Referenten) im Hotel Weisses Kreuz in Flüelen begrüßen. Zunächst erfolgte eine Orientierung seitens des Bundesamtes für Zivilschutz über Aktuelles und über Auswirkungen der Zivilschutzreform 95 auf den Kulturgüterschutz. Diesen Ausführungen folgte eine Zusammenfassung über den Stand des Kulturgüterschutzes in Uri. Dann informierten die einzelnen Dienstchefs über ihre Arbeiten in den Gemeinden. Den Vormittag rundete Altregierungsrat Hermann



Pfarrer Josef Suter zeigt den Kirchenschatz der Pfarrkirche.

Organist Franz Muheim beantwortet Fragen zum Orgelaufbau und möglichen Schutzmassnahmen in der neuen Flüeler Kirche. Sie stammt aus dem Jahre 1912 und wird durch die konsequente Jugendstilornamentik im Schiff und die an griechische und ägyptische Vorbilder erinnernde Malerei der Beurer Kunstschule im Chor geprägt.



Sigrist mit einem überaus aufschlussreichen und mit treffenden Pointen gespickten Referat über die Gemeinde Flüelen ab. Für die Dienstchefs Kulturgüterschutz ist es seiner Meinung nach wichtig, wenn sie nicht allein die Kunstwerke deuten und verstehen, sondern sich auch in Land, Leute und Geschichte einer Gemeinde vertiefen.

Am Nachmittag folgten Instruktionen zur praktischen Arbeit. In zwei Gruppen wurden die Herz-Jesu-Kirche auf dem Grundbühl und das Atelier von Bildhauer Toni Walker aufgesucht. Mit wertvollen Hinweisen verstand es Walker aufzuzeigen, wie Kulturgut im Bedarfsfall zu retten ist. An verschiedenen Holzelementen wies er auf alte und neue Beschädigungen hin, die auf falschen oder unsachgemässen Umgang beim Ein- oder Ausbau zurückzuführen sind. Pfarrer Josef Suter erläuterte den Kursteilnehmern in aufschlussreicher Art

die Kirchenanlage und die beweglichen Kulturgüter der Pfarrkirche. Organist Franz Muheim, Flüelen, leitete von seinem hervorragenden Orgelspiel über zu einem willkommenen Einblick in die Technik des Orgelbaus. Der Abschluss des Kurstages galt der Alten Kirche Flüelen. Der Präsident der Vereinigung Alte Kirche, Hermann Sigrist, verwies auf die Kulturwerte und gab Hinweise, welche Objekte im Katastrophenfall zu retten sind. Dem Tagungsleiter blieb am Schluss die Aufgabe, den Teilnehmern den Auftrag für das nächste Jahr zu erteilen.

Zusammenwirken auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene

Der Kanton Uri gehört zu den mehr als zehn Kantonen, die regelmässig Fachrapporte mit dem Kulturgüterschutzpersonal der Gemeinden durchführen. Aus der

Sicht des Bundes hat sich diese Zusammenarbeit bewährt und berücksichtigt die Eigenheiten der einzelnen Regionen. Werden Personen in den Kulturgüterschutzdienst eingeteilt, die sich bereits beruflich mit dem Erhalt von Kulturgut auseinandersetzen, fliessen auch immer wieder wertvolle, praktische Anregungen an Rapporten ein. In den Reihen der Dienstchefs Kulturgüterschutz finden sich Spezialisten, die ihr berufliches Wissen und Können als Fachinstruktoren an den Rapporten einbringen können. Zudem zeigen die vorgestellten Arbeiten eindrücklich auf, wie der Kulturgüterschutz als Bindeglied zwischen den kulturellen Institutionen und dem Zivilschutz sinnvoll eingesetzt werden kann. Um diese Aufgabe effizient wahrzunehmen, ist ein unbürokratisches Zusammenwirken auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene unerlässlich. ▢

Eidgenössischer Rapport mit den Chefs der kantonalen Ämter für Zivilschutz

Halbierungsinitiative bekämpfen

amk. Ein Nein zur SP-Halbierungsinitiative sagt auch der Zivilschutz: Am vergangenen Eidgenössischen Rapport mit den Chefs der kantonalen Ämter für Zivilschutz wurde auch über die hängige Initiative orientiert, deren Annahme die angelaufene Neuausrichtung des Zivilschutzes in Frage stellte. Vonseiten des Zivilschutzes wurden alle Träger politischer Verantwortung aufgerufen, die Initiative zu bekämpfen.

In seiner zuhause der Eidgenössischen Räte am 22. Juni 1994 verabschiedeten Botschaft lehnt der Bundesrat die Volksinitiative «Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik» ab. Die Initiative ist von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz am 24. September 1992 mit 105 680 gültigen Unterschriften eingereicht worden. Sie verlangt eine Kürzung der Ausgaben für die Landesverteidigung – die nach dem Willen der Initianten und nach vorherrschender Meinung in der Bundesverwaltung, neben der Armee auch den Zivilschutz, die Wirtschaftliche Landesversorgung und die sogenannte psychologische Landesverteidigung (Sicherstellung der lebensnotwendigen Information der Bevölkerung beim Ausfall der zivi-

len Medien) einschliesst – um jährlich 10%, bis sie gegenüber dem Ausgangsjahr halbiert sind; die Teuerung soll dabei ausgeglichen werden. Die dadurch frei werdenden Mittel sollen nach dem Willen der Initianten wie folgt verwendet werden.:

- mindestens ein Drittel für die internationale Friedenspolitik (zum Beispiel Entwicklungshilfe);
- ein weiteres Drittel für zusätzliche soziale Sicherheit im Inland (zum Beispiel Teilfinanzierung der AHV, Sanierung der Krankenkassen, Elternurlaub);
- der Rest für die Umstrukturierung der von der Abrüstung betroffenen Betriebe und Verwaltungen auf zivile Güter und Dienstleistungen.

Der in der Bundesverfassung verankerte Grundsatz der Einheit der Materie verlangt einen sachlichen Zusammenhang zwischen den einzelnen Teilen einer Volksinitiative. Sachlich nicht zusammenhängende Themen müssen Gegenstand von separaten Initiativen sein. Ein solcher Zusammenhang fehlt grundsätzlich zwischen der Kürzung der Ausgaben für die Landesverteidigung und dem Transfer eines Teils der eingesparten Gelder zur sozialen Sicherheit. In Weiterführung der bisherigen grosszügigen Praxis hat der Bundesrat nach dem Grundsatz «Im Zweifelsfall zugunsten der Volksrechte» die Initiative als gültig erklärt.

Zuständig für die Gültig- oder Ungültigerklärung einer Volksinitiative ist die Bundesversammlung. Als Erstrat wird sich der Ständerat mit dieser Angelegenheit voraussichtlich in der Frühlingssession 1995 befassen. Es ist damit zu rechnen, dass die Vorlage im Verlaufe des Jahres 1995 auch im Nationalrat zur Diskussion stehen wird. Im Falle der Gültigerklärung wird die Volksabstimmung frühestens im Jahre 1996 stattfinden.

Abgesehen von der Tatsache, dass die Hilfeleistung des Zivilschutzes im Katastrophen- und Notfall in Friedenszeiten nicht der Landes- bzw. der Gesamtverteidigung zugeordnet werden kann, würde die postulierte Halbierung der Ausgaben für die Landesverteidigung insbesondere den Zivilschutz in Frage stellen und dessen Neuausrichtung verunmöglichen.

Zudem wurde in finanzieller Hinsicht den vor allem seit Beginn der neunziger Jahre auf Bundesstufe – und parallel dazu auch in den Kantonen und Gemeinden – beschlossenen massiven Einschränkungen und Verzicht keineswegs Rechnung getragen.

Aus dem bundesrätlichen Bericht vom 20. Oktober 1993 über die finanziellen Auswirkungen des Zivilschutz-Leitbildes und dessen Aktualisierung vom 1. Juli 1994 geht hervor, dass der Zivilschutz im Rahmen der Sanierung des öffentlichen Haus-

haltes einen überdurchschnittlichen Beitrag geleistet hat. Allein seit 1991 werden auf Bundesstufe gegenüber den früheren Planungen bis 1998 rund 350 Millionen Franken eingespart. Verglichen mit den Ausgaben im Jahre 1991 betragen die Kürzungen bis 1998 real rund 40 Prozent (bzw. nominal 34 Prozent). (Entsprechende Kürzungen wurden im Dezember 1994 vom Parlament bereits für den Voranschlag 1995 beschlossen.)

Unter Berücksichtigung des aktuellen Tiefstandes der finanziellen Mittel des Zivil-

schutzes, aber insbesondere aufgrund des nun fehlenden Handlungsspielraumes können beim Zivilschutz keine weiteren Kürzungen und Verzicht mehr verantwortet werden. In diesem Sinne ist die Halbierungsinitiative konsequent und bei allen geeigneten Gelegenheiten im Zusammenwirken mit den betroffenen Partnern zu bekämpfen. Es gilt, unter anderem die Träger der politischen Verantwortung (Regierungsräte, kantonale und eidgenössische Parlamentarier, Gemeindebehörden) zu sensibilisieren. ▀

Rapport fédéral organisé à l'intention des chefs des offices cantonaux de la protection civile

Non à l'initiative populaire pour une réduction de 50 pour cent des dépenses consacrées à la défense nationale

Lors du dernier rapport fédéral organisé à l'intention des chefs des offices cantonaux de la protection civile, ces derniers sont venus grossir les rangs des opposants à cette initiative dont l'acceptation remettrait fondamentalement en question la réforme de l'institution. Les responsables politiques ont donc été invités à combattre vigoureusement les propositions de modification de la constitution fédérale que contient l'initiative.

Par son message adressé le 22 juin 1994 aux Chambres fédérales, le Conseil fédéral propose le rejet de l'initiative populaire «pour moins de dépenses militaires et davantage de politique de paix». Cette initiative a été déposée par le Parti socialiste suisse, le 24 septembre 1992, avec 105 680 signatures valables. Elle exige la réduction des crédits alloués à la défense nationale de 10 pour cent par année jusqu'à ce qu'ils soient réduits de moitié par rapport à l'année précédant la première réduction. De l'avis des promoteurs de l'initiative et selon l'opinion prévalant au sein de l'administration fédérale, la notion de défense nationale inclut, outre l'armée, la protection civile, l'approvisionnement économique du pays et la défense dite psy-

chologique, laquelle consiste à assurer l'information indispensable à la population en cas de défaillance des médias civils.

De par la volonté des auteurs de l'initiative, les montants ainsi économisés devront être affectés aux tâches suivantes:

- au moins un tiers à des efforts supplémentaires en matière de politique de paix sur le plan international (par exemple à la coopération au développement);
- au moins un autre tiers à des efforts supplémentaires dans le domaine de la sécurité sociale en Suisse (financement partiel de l'AVS, assainissement des caisses-maladie, congé parental);
- le reste à la reconversion au secteur civil des entreprises et administrations touchées par le processus de désarmement.

Le principe de l'unité de la matière inscrit dans la constitution exige qu'il y ait un rapport intrinsèque entre les différentes parties d'une initiative populaire. Les thèmes qui ne présentent pas de rapport intrinsèque doivent faire l'objet d'initiatives séparées. Or une telle relation manque entre la réduction des dépenses consacrées à la défense nationale et l'affectation au domaine de la sécurité sociale d'une partie des montants économisés. Fidèle au principe selon lequel les intentions populaires l'emportent en cas de doute, le

Conseil fédéral a cependant admis la validité de l'initiative.

C'est à l'Assemblée fédérale qu'il appartiendra de statuer sur la validité de l'initiative. Celle-ci sera probablement débattue d'abord par le Conseil des Etats durant la session de printemps de 1995, puis par le Conseil national dans le courant de l'année. Si elle est déclarée valide par le Parlement, la votation populaire pourrait avoir lieu en 1996 au plus tôt.

Indépendamment du fait que les tâches dévolues à la protection civile en matière d'aide en cas de catastrophe et de secours urgents ne relèvent pas de la défense nationale ou de la défense générale, il s'avère qu'une diminution de 50 pour cent des dépenses consacrées à la défense nationale serait fatale à la nouvelle orientation de la protection civile et pourrait remettre en question l'institution elle-même. De plus, l'initiative ne tient nullement compte des restrictions financières et des renoncements imposés à la protection civile, surtout depuis le début des années nonante tant au niveau fédéral qu'aux niveaux cantonal et communal.

Le rapport publié par le Conseil fédéral le 20 octobre 1993 à propos des conséquences financières de l'adoption du plan directeur de la protection civile – rapport qui a été mis à jour le 1^{er} juillet 1994 – montre que la contribution de la protection civile à l'assainissement des finances publiques est bien supérieure à celle des autres institutions étatiques. En matière de protection civile, le plan financier de la Confédération permettra de réaliser, pour la période s'étendant de 1991 à 1998, des économies de quelque 350 millions de francs, économies qui représentent, par rapport au budget accordé à la protection civile en 1991, une diminution de l'ordre de 40 pour cent en valeur réelle et de 34 pour cent en valeur nominale. (Il s'avère que ces valeurs ont déjà été atteintes par les réductions votées par les Chambres fédérales lors des débats de décembre dernier portant sur le budget 1995.)

Compte tenu des restrictions financières déjà opérées et de la diminution de la marge de manœuvre qui en découle pour les responsables, il n'est guère tolérable de réduire davantage les crédits alloués à la protection civile. C'est pourquoi cette initiative doit être vigoureusement combattue avec l'aide de tous les partenaires concernés et chaque fois que l'occasion le permet. A cet effet, l'une des mesures essentielles consiste à sensibiliser les responsables politiques, à savoir les conseillers d'Etat, les parlementaires cantonaux et fédéraux et les membres des autorités communales aux dangers de l'initiative proposée par le Parti socialiste suisse. ▀

Verhandlungen mit den Samaritern und dem Schweizerischen Roten Kreuz

Zusammenarbeit verbessert und vertieft

bzs. Seit 1992 laufen Verhandlungen mit dem Schweizerischen Samariterbund (SSB) und dem Schweizerischen Roten Kreuz (SRK), um im Rahmen des Zivilschutz-Sanitätsdienstes 95 die mit diesen Organisationen bestehenden Vereinbarungen aus dem Jahre 1983 zu überprüfen und an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Die Gespräche sind nun abgeschlossen. Mit beiden Organisationen konnte die Zusammenarbeit verbessert und vertieft werden. Es ist vorgesehen, die neuen Vereinbarungen im 1. Quartal dieses Jahres zu unterzeichnen.

Am letzten Eidgenössischen Rapport mit den Chefs der kantonalen Ämter für Zivilschutz Ende November in Schwarzenburg wurde über die Ergebnisse mit den beiden Verhandlungspartnern informiert.

Verhandlungen mit dem Schweizerischen Samariterbund (SSB)

Gestützt auf die Vorgaben des Berichts vom 4. Februar 1992 wurden die mittelfristig umsetzbaren Lösungsmodelle nochmals analysiert und diskutiert. Daraus hat sich folgendes ergeben:

1. Der Status quo wird weitergeführt, indem der Zivilschutz weiterhin den Samariterkurs als Einführungskurs für Sanitäter und den Samariterlehrausweis als Instruktionsfähigkeitszeugnis für den sanitätstechnischen Teil des Einführungskurses für Sanitäter aner-

kennt. Personen mit diesem Ausweis können als nebenamtliche Instruktoren (Art. 44 ZSG) eingesetzt werden. Das fehlende Zivilschutzfachwissen ist durch den Kanton zu vermitteln. Hierzu dürften in der Regel 6 bis 8 Stunden im Rahmen eines Vorkurses genügen;

2. Der Zivilschutz anerkennt weiterhin den Kurs Krankenpflege zu Hause als pflegerischen Teil des Kaderkurses für Behandlungs- und Pflegegehilfen;
3. Der SSB anerkennt wie bisher den Einführungskurs für Sanitäter als Samariterkurs;
4. Den im Zivilschutzsanitätsdienst eingesetzten haupt- und nebenamtlichen Instruktoren aller Stufen wird die Möglichkeit geboten, auf Antrag eine SSB-spezifische Zusatzausbildung zur Erlangung des Samariterlehrausweises zu absolvieren. Dazu wird jedoch der Vorschlag eines Samaritervereins oder eines Kantonalverbandes vorausgesetzt;
5. Der SSB öffnet seine obligatorische Samariterlehrerfortbildung auch den Zivilschutzinstruktoren der sanitätstechnischen Mannschaftsstufe. Ziel dieser Öffnung ist eine fundierte, einheitliche sanitätstechnische Weiterbildung;
6. Der SSB erklärt sich bereit, für haupt- und nebenamtliche Instruktoren anderer Fachrichtungen den Erwerb sanitätstechnischer Fachkenntnisse zu vermitteln. Die Details (Dauer, Durchführung, Kosten) werden bei Bedarf zwischen dem BZS, den involvierten Kantonen und dem SSB festgelegt.

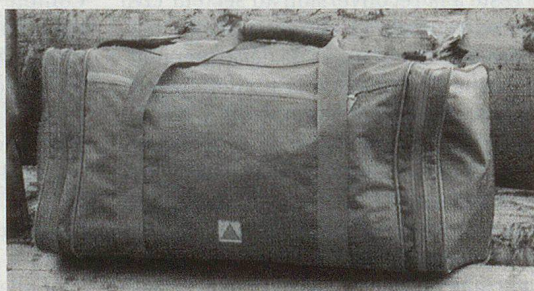
Bis Ende 1994 war noch die Abgeltungspauschale festzulegen. Sie soll sich an den eingesparten Kosten aller Ausbildungsträger (Bund, Kanton, Gemeinde) ausrichten und die Aufwendungen des SSB zugunsten des Zivilschutzes abgelden.

Verhandlungen mit dem Schweizerischen Roten Kreuz

Auch hier wurden die Vorgaben des Berichts vom 4. Februar 1992 weiter bearbeitet und wie folgt konkretisiert:

1. Der Zivilschutz anerkennt weiterhin den Kurs Krankenpflege zu Hause als pflegerischen Teil des Kaderkurses für Behandlungs- und Pflegegehilfen.
2. Der Zivilschutz befreit Absolventinnen des Grundpflegekurses für nichtberufliches Hilfspersonal nach wie vor vom Einführungskurs für Sanitäter und vom Teil Pflege des Kaderkurses für Behandlungs- und Pflegegehilfen.
3. Das SRK anerkennt wie bis anhin den Kaderkurs für Behandlungs- und Pflegegehilfen als theoretisch-praktischen Teil des Grundpflegekurses für nichtberufliches Hilfspersonal.
4. Das SRK ermöglicht dem in Zivilschutzformationen eingeteilten Berufspflegepersonal (Chef Pflegezug, Chef Pflegegruppe) die Teilnahme am Kurs «Krankenpflege im Katastrophenfall». Im Sinne einer Weiterbildung (Art. 35 Abs. 2 ZSG) soll dieser Kurs den erwähnten Vorgesetzten einmal während ihrer Einteilungszeit offenstehen. Das SRK ist bereit, die Kursinhalte bestmöglichst den Bedürfnissen des Zivilschutzes anzupassen und ist sogar gewillt, die Kurse für den Zivilschutz von Nottwil auf zwei noch zu bestimmende Zivilschutz-Ausbildungszentren zu verlegen. Für den französischen Sprachbereich wird der Kurs bereits schon heute auf dem Zentrum Gollion durchgeführt. Die Kantone werden sich an den Kosten dieses Weiterbildungskurses gemäss den gesetzlichen Bestimmungen zu beteiligen haben. Aus heutiger Sicht wären dem SRK etwa Fr. 200.– pro Teilnehmer und Kurs direkt zu vergüten. Eine allfällige Weiterverrechnung der Kosten für die Chefpflegegruppen an die Gemeinden bleibt Sache der Kantone. Der Kurs soll ab 1996 angeboten werden. ▢

- Sporttasche, Nylon, viele praktische Fächer, 55 cm
- Sac de sport, nylon, plusieurs compartiments, 55 cm
- Borsa per lo sport, nylon, diversi compartimenti, 55 cm



Bestellung/commande/ordinazione:
Schweizerischer Zivilschutzverband
Postfach 8272, 3001 Bern, Telefon 031 381 65 81

Fr. 34.–

Négociations engagées avec l'Alliance suisse des samaritains et la Croix-Rouge suisse

Vers un renforcement de la collaboration

ofpc. Depuis 1992, des négociations sont en cours avec l'Alliance suisse des samaritains (ASS) et la Croix-Rouge suisse (CRS). Il s'agit d'examiner et d'adapter, dans le cadre du service sanitaire de la protection civile 95, les conventions passées avec ces organisations en matière d'instruction, conventions qui datent de 1983. Les travaux sont maintenant achevés. D'un point de vue général, ils ont permis de renforcer la collaboration entre les partenaires. Ceux-ci devraient signer les nouvelles conventions au cours du premier trimestre de cette année.

Le point sur ces négociations a été présenté lors du dernier rapport fédéral organisé à l'intention des chefs des offices cantonaux de la protection civile, qui a eu lieu fin novembre à Schwarzenburg.

Résultat des négociations engagées avec l'Alliance suisse des samaritains

Les différentes solutions envisageables à moyen terme ont été étudiées en détail sur la base des recommandations tirées du rapport du 4 février 1992. Voici les résultats de ces discussions:

1. La protection civile continuera à reconnaître le cours de samaritain comme équivalent au cours d'introduction pour sanitaires et le diplôme de moniteur samaritain comme équivalent au certificat d'instructeur spécialisé dans la partie technique du cours d'introduction pour sanitaires. Les personnes au bénéfice de ce diplôme pourront ainsi être engagées en tant qu'instructeurs à temps partiel (art. 44 LPCi). La matière propre à la protection civile sera dispensée par le canton. En règle générale, un cours préliminaire de six à huit heures devrait suffire à cet effet.
2. La protection civile reconnaîtra à l'avenir le cours de soins à domicile («Soigner dans le cadre familial, cours santé et soins») comme équivalent à la partie consacrée aux soins du cours de cadres pour aides de traitements.
3. L'ASS continue de reconnaître le cours d'introduction pour sanitaires de la protection civile comme équivalent au cours de samaritain.

4. Sur demande, les instructeurs à plein temps ou à temps partiel qui sont spécialisés dans le service sanitaire de la protection civile pourront suivre une formation complémentaire spécifique permettant d'obtenir le diplôme de moniteur samaritain. Cette possibilité sera offerte sur proposition d'une société communale ou cantonale de samaritains.
5. L'ASS ouvre son cours de perfectionnement aux instructeurs de la protection civile qui instruisent le personnel du service sanitaire. Ceci doit permettre à ces instructeurs d'acquérir une formation complémentaire solide et homogène en matière de technique sanitaire.
6. L'ASS accepte également de former à l'instruction sanitaire les instructeurs à plein temps ou à temps partiel qui dispensent une instruction dans un autre domaine. Les détails de cette formation (durée, réalisation, frais) seront réglés, si besoin est, entre l'Office fédéral de la protection civile, les cantons concernés et l'ASS.

Le montant de l'indemnité forfaitaire doit encore être fixé avant la fin de l'année. Ce montant, fondé sur les frais économisés par tous les responsables de la formation (Confédération, canton, commune) servira à indemniser l'ASS pour ses dépenses au bénéfice de la protection civile.

Résultat des négociations engagées avec la Croix-Rouge suisse

C'est également sur la base des recommandations du rapport du 4 février 1992 que les discussions ont eu lieu. Elles ont abouti aux décisions suivantes:

1. La protection civile continue de reconnaître le cours «Soigner dans le cadre familial, cours santé et soins» comme équivalent à la partie consacrée aux soins du cours de cadres pour aides de traitements.
2. Les personnes qui ont accompli le cours de soins pour auxiliaires de santé sont libérées de l'obligation de suivre le cours d'introduction pour sanitaires et la partie consacrée aux soins du cours de cadres pour aides de traitement.
3. La CRS continue de reconnaître la formation reçue durant le cours de cadres pour aides de traitement et de soins comme équivalent à celle donnée dans

la partie théorique et pratique du cours de soins pour auxiliaires de santé.

4. La CRS autorise le personnel infirmier professionnel incorporé dans les formations de protection civile (chef de la section de soins, chef du groupe de soins) à prendre part au cours «Soins infirmiers de catastrophe». Durant leur incorporation, les cadres susmentionnés doivent se voir offrir une fois la possibilité de participer à ce cours, à des fins de perfectionnement (art. 35, 2^e al. LPCi). La CRS est prête à adapter dans la mesure du possible la matière du cours aux besoins de la protection civile. Elle est même disposée à donner les cours qui ont lieu en principe à Nottwil dans deux centres d'instruction de la protection civile, encore à déterminer. En Suisse romande, ce cours est déjà donné au centre de Gollion.

En application des dispositions légales, les cantons sont tenus de participer aux frais de ce cours de perfectionnement. Actuellement, on estime cette contribution à environ 200 francs par personne et par cours, somme qui devra être versée directement à la CRS. Les cantons sont libres de demander aux communes de prendre en charge les frais occasionnés par les cours donnés aux chefs de groupes de soins. Le début des cours est prévu pour 1996. ▀

NEUKOM 

Mobilier pour centres de protection civile

études et projets, fabrication

H. Neukom SA
8340 Hinwil-Hadlikon
Téléphone 01/938 01 04

Kostenregelung mit der Telecom PTT

Feuerwehralarmanlagen für Zivilschutz gebührenfrei

sg. Alarmanlagen der Feuerwehr können vom Zivilschutz gebührenfrei mitbenutzt werden; um die Gebührenfreiheit muss jedoch bei den Telecom-Direktionen nachgesucht werden: Dies wurde am vergangenen Eidgenössischen Rapport mit den Chefs der kantonalen Ämter für Zivilschutz den Anwesenden beschieden. Weil die 1992 von der Telecom PTT gekündigte Vereinbarung über die Kostenregelung noch nicht neu ausgehandelt werden konnte, gelten Übergangsbestimmungen.

1992 kündigte die Telecom PTT die zwischen dem BZS und der Generaldirektion PTT 1986 getroffene «Vereinbarung über die Kostenregelung für die permanente

Vorbereitung von ZS-Netzen» auf Ende 1993. Weil der neue Modus für die Bereitstellung von Netzinfrastrukturen von der Seite der Telecom PTT nicht rechtzeitig vorgelegt werden konnte, wurde die Vereinbarung bis Ende 1994 verlängert.

Mit der neuen Zivilschutzverordnung wird die erwähnte Vereinbarung in den Übergangsbestimmungen nochmals für unbestimmte Zeit – vermutlich für rund zwei Jahre – verlängert. Die im Kreisschreiben 7/86 des BZS veröffentlichten Kostenregelungen sind somit auch 1995 gültig. Sie sollen im Zusammenhang mit den Ausführungsbestimmungen zum Artikel 51 des Fernmeldegesetzes vom 21. Juni 1991 neu ausgehandelt werden. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen und die daraus folgenden Kostenschätzungen für den Zivilschutz werden bei den Projektarbeiten für

die «Übermittlung 1995/2000» einen wesentlichen Einfluss haben.

Die Abonnementsgebühren für Mietleitungen im Zusammenhang mit Sirenenfernsteuerungen werden von den Telecom-Direktionen den «Fernsteuerungs-Abonnenten» ab 1995 zum vollen Tarif in Rechnung gestellt. Das ist auf grosses Unverständnis gestossen. Die Gebührenfreiheit konnte im Rahmen der Totalrevision der Zivilschutzverordnung nicht erreicht werden, weil die Auslegung von Artikel 44 des Fernmeldegesetzes (Gebührenfreiheit für Mietleitungen der Alarmierungssysteme für die Feuerwehren) in Verbindung mit dem erwähnten Artikel 51 noch unklar ist. Die Telecom PTT akzeptierte in einer ersten Verhandlung jedoch, dass Alarmanlagen der Feuerwehren auch für die Zwecke des Zivilschutzes gebührenfrei mitbenutzt werden können. Es liegt nun an den Abonnenten (Gemeinden, Gemeindeverbände, Kantone), die Gebührenfreiheit für die Alarmanlagen der Feuerwehren bei den Telecom-Direktionen geltend zu machen, um damit wenigstens teilweise eine Kostenreduktion zu erreichen. Alarmierungssysteme, die durch die Feuerwehren nicht benutzt werden, geniessen keine Gebührenfreiheit. ▀

Réglementation applicable au calcul des taxes prélevées par l'entreprise Télécom PTT

Exonération de la protection civile

La protection civile est autorisée à utiliser gratuitement les dispositifs d'alarme des services de lutte contre le feu. Elle doit toutefois en faire la demande expresse auprès de la direction d'arrondissement de l'Entreprise Télécom compétente. Voici en substance une des informations données lors du dernier rapport fédéral organisé à l'intention des chefs des offices cantonaux de la protection civile. Certes, l'accord conclu à ce sujet entre l'Office fédéral de la protection civile et la Direction générale des PTT a été dénoncé il y a deux ans mais les dispositions transitoires de la nouvelle ordonnance sur la protection civile en prolongent la validité.

En 1992, l'Entreprise Télécom PTT résiliait pour fin 1993 l'«Accord sur la réglementation applicable aux frais découlant de la préparation permanente du réseau Z», accord conclu en 1986 entre l'Office fédéral de la protection civile (OFPC) et la

Direction générale des PTT. Comme l'Entreprise Télécom PTT n'a pas pu proposer à temps un nouveau mode de calcul pour la mise à disposition d'infrastructures de réseau, l'accord a été reconduit.

Dans ses dispositions transitoires, la nouvelle ordonnance sur la protection civile proroge ladite convention pour une durée indéterminée, qui sera vraisemblablement de deux ans. En conséquence, les réglementations publiées dans la circulaire 7/86 de l'OFPC restent valables pour 1995. Elles feront d'ailleurs l'objet de nouvelles négociations en rapport avec les dispositions d'exécution portant sur l'article 51 de la loi du 21 juin 1991 sur les télécommunications. Les résultats de ces pourparlers, notamment les estimations des frais à la charge de la protection civile, influenceront notablement les travaux portant sur l'étude «Transmissions 1995/2000».

Dès 1995, les directions d'arrondissement de l'Entreprise Télécom appliqueront le plein tarif aux taxes perçues lors de la location des circuits servant à télécommander les sirènes. Cette annonce a provoqué

un certain mécontentement. Comme l'interprétation de l'article 44 de la loi sur les télécommunications (exonération de taxes de location des circuits destinés au système d'alarme des services de lutte contre le feu) en regard de l'article 51 susmentionné est encore sujette à discussion, il n'a pas été possible d'obtenir l'exemption de taxes dans le cadre de la révision totale de l'ordonnance sur la protection civile. Lors d'une première négociation, l'Entreprise Télécom PTT a cependant accepté que les dispositifs d'alarme des services de lutte contre le feu soient également exempts de taxes lorsqu'ils sont utilisés pour la protection civile. Il incombe donc aux abonnés (communes, associations de communes, cantons) de demander auprès des directions d'arrondissement de l'Entreprise Télécom une exemption de taxes pour ces dispositifs, afin d'obtenir tout de même une réduction partielle des frais. Il n'y a par contre aucune exonération prévue pour les systèmes d'alarme qui ne sont pas utilisés par les services de lutte contre le feu. ▀